



## Die Griechenland-Lüge: Der Faktencheck

„Wir machen Euch ein Angebot, dass Ihr nicht ablehnen könnt!“ (Marlon Brando im Mafia-Film „Der Pate“)

Im Krieg stirbt als erstes die Wahrheit. Gegen die griechische Bevölkerung wird ein Wirtschafts- und Lügenkrieg geführt. Denn hat die griechische Regierung Erfolg und schafft sie es die Wirtschaft wieder aufzubauen, ohne dass die kleinen Leute die Zeche zahlen, könnte sich auch in anderen Ländern wie Spanien oder Irland der Wind gegen die Mächtigen drehen.

Die Verhandlungen mit Griechenland sind (vorerst) gescheitert. Das vom griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras ausgerufene Referendum über das Angebot der Troika bzw. der „Institutionen“ (EU-Kommission, Europäische Zentralbank (EZB) und Internationaler Währungsfonds (IWF)) in Griechenland ist überfällig. Denn die Ex-Troika hat nie ernsthaft verhandelt. Ein "Nein" der Griechen zu weiteren sinnlosen Kürzungen ist die vielleicht letzte Chance, die Demokratie in Europa gegen die Herrschaft von Banken und Konzernen zu verteidigen. Allerdings schüren die Gläubiger Angst indem die EZB die Kreditversorgung der griechischen Banken einfro. Diese mussten nun vorerst schließen.

Die Institutionen behaupten sie hätten ein großzügiges Angebot vorgelegt. Das ist eine Lüge. Sie wollen die neue griechische Regierung stürzen und die alten korrupten Eliten wieder in den Sattel heben. Wir dokumentieren hier Mythen und Fakten über Griechenland und die Verhandlungen

### 1. **Gescheiterte Kürzungspolitik: Wirtschaft kaputt, Jobs vernichtet, Schulden explodiert**

- Griechenland hat laut OECD das härteste Kürzungsprogramm einer Industrienation seit dem 2. Weltkrieg durchgeführt.
- Seither ist die Wirtschaft um 25% geschrumpft, die Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftskraft sind von etwa 109% in 2008 auf 180% in 2015 explodiert, die Arbeitslosigkeit auf über 26% gestiegen – jeder zweite Jugendliche ist ohne Job.
- Die Löhne sind im Schnitt um 25% gesunken. Über 30% der Griechinnen und Griechen verfügen über keine Krankenversicherung mehr, Kinder gehen hungrig zur Schule.
- Die griechische Leistungsbilanz wurde ausgeglichen, nicht weil die griechischen Exporte gestiegen sind - es kam vielmehr zu einem Rückgang von 58,6 Mrd. Euro in 2008 auf 56,3 Mrd. Euro in 2014 -, sondern weil die Importe Griechenlands massiv von 91,3 Mrd. Euro im Jahr 2008 auf 60,6 Mrd. Euro im Jahr 2014 eingebrochen sind.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> AMECO Datenbank der Europäischen Kommission, konsultiert am 01.07.2015, alle Angaben in konstanten 2010 Preisen

- Von der Privatisierung von Staatseigentum zu Ramschpreisen mit oft nur einem Bieter haben internationale Konzerne und die Vermögenden in Griechenland profitiert<sup>2</sup>.
- Bei der Korruptionsbekämpfung und im Steuervollzug wurden von der konservativen Nea Demokratia und der sozialdemokratischen Pasok keine nennenswerten Reformen umgesetzt. Im Gegenteil, die Kürzungen im öffentlichen Dienst haben vieles schlimmer gemacht und Griechenland stürzte im Korruptionsindex von Transparency International ab.<sup>3</sup>
- Die Rettungskredite von etwa 226,7 Milliarden Euro flossen nicht an griechische Rentner oder Krankenschwestern, sondern etwa zu 90%<sup>4</sup> an den Finanzsektor – insbesondere deutsche, französische und griechische Banken.
- Bislang flossen sogar 360 Millionen Euro an Zinsen in den Bundeshaushalt. Zudem profitiert Finanzminister Schäuble von niedrigen Zinsen auf deutsche Staatsanleihen, weil Deutschland in der Krise als sicherer Hafen für Investoren gilt und die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen auf den Märkten drückt. Dies hat Deutschland Einsparungen in Milliardenhöhe gebracht.
- DIE LINKE und SYRIZA waren gegen die „Rettungskredite“ und haben einen Schuldenschnitt gefordert bevor die Schulden des griechischen Staates bei den Rettungsfonds bzw. Steuerzahlern liegen. Nur das Einlagen- und Kreditgeschäft der Banken sowie die Forderungen der Rentenkassen hätte man sichern müssen.
- Die Troika und die Bundesregierung haben somit Milliarden Steuergelder verschwendet und gleichzeitig dafür gesorgt, dass Griechenland kein Einkommen mehr erwirtschaftet und somit die Schulden nicht bedienen kann.

## 2. Von „kompromisslosen Griechen und „großzügigen Angeboten“

- Griechenland braucht eine Umschuldung und Investitionen, damit die Wirtschaft wieder in Schwung kommt, sich das Land erholen und seine Schulden langfristig bedienen kann.
- Die SYRIZA-Regierung wollte deshalb ursprünglich kein drittes Hilfspaket, das die Kürzungspolitik fortschreibt, aber neue Kredite zur Ablösung alter Schulden beinhaltet.
- Der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis hatte eine Streckung der Schulden bzw. die Kopplung der Schuldentilgung an die Wachstumsrate vorgeschlagen – um Ressourcen für Investitionen und für humanitäre Sofortmaßnahmen frei zu machen. Ähnliche Vorschläge für einen Altschuldentilgungsfonds gab es von der deutschen Wirtschaft.<sup>5</sup>
- Die Institutionen und die Euro-Gruppe haben am 20. Februar 2015 aber nur einer Verlängerung des zweiten Griechenlandprogramms bis zum 30. Juni 2015 zugestimmt. Um die verbliebenen Mittel zu erhalten, haben die Gläubiger weiter Kürzungsmaßnahmen und Liberalisierungsreformen von der griechischen Regierung verlangt.

<sup>2</sup> Für die Jahre 2011-2013 wurden von geplanten Privatisierungserlösen in Höhe von 22 Mrd. Euro lediglich 2,6 Mrd. Euro realisiert. Beispiele für Misswirtschaft und Korruption bei der Privatisierung finden sich unter anderem hier: <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42564/1.html> / <http://europoly.tagesspiegel.de/>

<sup>3</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/korruptionsindex-griechenland-auf-letztem-platz-in-der-eu-11982773.html>

<sup>4</sup> <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/041/1804169.pdf> Aus dem 1. Griechenlandprogramm von 73 Mrd. EUR wurden 37,1 Mrd. EUR für die Tilgung mittel- und langfristiger Schulden sowie 10 Mrd. EUR zur Unterstützung des Bankensektors verwendet. Von den bislang ausgezahlten 153,7 Mrd. EUR des 2. Griechenlandprogramms flossen 34,6 Mrd. EUR im Rahmen des Schuldenschnitts an private Gläubiger, 48,2 Mrd. EUR wurden zur Bankenrekapitalisierung verwendet und 38,2 Mrd. EUR für die Tilgung fällig werdender Staatsanleihen. Außerdem hat Griechenland zwischen 2011 und 2014 40,1 Mrd. EUR an Zinsen gezahlt.

<sup>5</sup> [http://www.theeuropean.de/hans-heinrich-bass/9648-wie-yanis-varoufakis-griechenland-retten-will-bzw.-http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/ga11\\_iii.pdf](http://www.theeuropean.de/hans-heinrich-bass/9648-wie-yanis-varoufakis-griechenland-retten-will-bzw.-http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/ga11_iii.pdf)

- Die Forderungen der Gläubiger beinhalten verbindliche, aber vollkommen unrealistische Ziele für einen Primärüberschuss (Überschuss vor Zinsen) im Haushalt, Mehrwertsteuererhöhungen sowie Rentenreformen/-kürzungen.
- Die Institutionen fordern Mehrwertsteuererhöhungen von 1% vom BIP pro Jahr, durch die Abschaffung von günstigeren Steuersätzen für einzelne Produkte und Regionen. So sollen u.a. verarbeitete Lebensmittel, Restaurants und Catering, sowie ursprünglich auch Hotels mit 23% anstatt mit 13% besteuert werden sowie die Mehrwertsteuerrabatte auf den wirtschaftlich schlecht angebundenen Inseln abgeschafft werden. Ein Anschlag auf die Wettbewerbsfähigkeit des griechischen Tourismussektors und wirtschaftspolitisch im Gegensatz zum angeblichen Ziel, Griechenland "wieder wettbewerbsfähig zu machen".<sup>6</sup>
- Im Rentensystem werden Strukturreformen gefordert die zu Kürzungen von 0,25% vom BIP in 2015 und 1% vom BIP in 2016 führen sollen. So soll die Solidaritätsrente (EKAS) für die obersten 20% der Leistungsempfänger sofort, und für alle Rentner bis 2019 abgeschafft werden, die Krankenkassenbeiträge von durchschnittlich 4 auf 6% erhöht und auch auf Zusatzrenten erhoben werden und die Möglichkeiten der Frühverrentung bis auf wenige Ausnahmen sofort abgeschafft werden.
- Die griechische Regierung hat weitgehende Kompromissvorschläge vorgelegt, in denen sie viele Forderungen der Institutionen entgegen des Thessaloniki-Programms von SYRIZA akzeptiert, so z.B. einen Primärüberschuss von 1% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in 2015 und 2% des BIP in 2016, Änderungen bei der Mehrwertsteuer mit Mehreinnahmen von knapp 1% vom BIP und weitgehende Rentenreformen.
- Der Vorschlag der griechischen Regierung zur Erhöhung der Unternehmensbesteuerung von 26 auf 29%, wurde von den Institutionen auf 28% gesenkt, eine Sonderabgabe für Unternehmen mit einem Gewinn von über 500.000 Euro im Jahr als „wachstumsfeindlich“ ganz abgelehnt.
- Gleichzeitig fordern die Institutionen aber eine jährliche 100% Steuervorauszahlung für alle Unternehmen.
- Martin Sandbu in der Financial Times hat geschätzt, dass bei Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zum Erreichen eines Primärüberschusses in 2015 von 1%, die griechische Wirtschaft erneut um 5% schrumpfen und die Schuldenquote um 9% steigen würde.
- Zahlreiche Experten unterstützen die Position der griechischen Regierung und haben sie dazu aufgefordert, das Angebot der Institutionen nicht zu unterschreiben. Darunter etwa die US-amerikanischen Wirtschafts-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz<sup>7</sup> und Paul Krugman<sup>8</sup>, der französische Star-Ökonom Thomas Piketty, der UN Sonderberater und US Ökonom Jeffrey Sachs<sup>9</sup>, der frühere Leiter des irischen IWF-Programms Ashoka Mody, die Kolumnisten der Financial Times Wolfgang Münchau und Martin Wolf, der frühere

"Greece should vote "no," and the Greek government should be ready, if necessary, to leave the euro."  
*Paul Krugman*

"A no vote would at least open the possibility that Greece, with its strong democratic tradition, might grasp its destiny in its own hands."  
*Joseph Stiglitz*

"Ich würde gegen den Vorschlag der Institutionen stimmen"  
*Gustav Horn*

<sup>6</sup> Entgegen der Analyse der Institutionen gibt es sogar Anzeichen, dass bei korrekter Berechnung des griechischen BIP, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit niemals das Kernproblem Griechenlands darstellte. <http://www.socialeurope.eu/wp-content/uploads/2015/06/Bernegger.pdf>

<sup>7</sup> <http://www.theguardian.com/business/2015/jun/29/joseph-stiglitz-how-i-would-vote-in-the-greek-referendum>

<sup>8</sup> [http://www.nytimes.com/2015/06/29/opinion/paul-krugman-greece-over-the-brink.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2015/06/29/opinion/paul-krugman-greece-over-the-brink.html?_r=0)

<sup>9</sup> <http://www.bloomberg.com/news/videos/2015-06-29/greece-should-default-on-debt-stay-in-euro-sachs>

stellvertretende italienische Wirtschafts- und Finanzminister und Sozialdemokrat Stefano Fassina, der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung Gustav Horn<sup>10</sup> und viele mehr.

### 3. „Wenn es eng wird, musst du lügen“ (Jean-Claude Juncker) - Mythen, Lügen, Fakten

*Das Angebot der Gläubiger hat keine Rentenkürzungen beinhaltet. (Jean-Claude Juncker, 29.06.2015)*

**Fakt:** Der rentenpolitische Teil der Forderungen beinhaltet die schrittweise Abschaffung der Solidaritätszulage EKAS, einer Zusatzrente für diejenigen, die mit allen Einkünften unter einer gewissen Schwelle liegen, für alle Rentner bis Ende 2019, für die oberen 20% der Leistungsempfänger mit sofortiger Wirkung. Zusätzlich zu diesen direkten Kürzungen wird die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Rentner auf durchschnittlich 6% gefordert, sowie deren Erhebung auch auf privat durch die Beschäftigten angesparte Zusatzrenten, die für einen Durchschnittsrentner knapp 20% der Bezüge ausmachen. Zusatzrentenkassen sollen rückwirkend zum 1.1.2015 nur noch aus Beiträgen finanziert werden, wodurch diese dann ebenfalls gekürzt werden müssen. Griechenland soll zudem Maßnahmen umsetzen, die zu „Einsparungen“ im Rentensystem von 0,25% des BIP in 2015 und 1% des BIP in 2016 ermöglichen, welche so kurzfristig nur über Leistungskürzungen zu erbringen sind. Die Regelungen zur Frühverrentung sollen ab Juni 2015 mit wenigen Ausnahmen abgeschafft werden.

*Die Griechen leisten sich auf Kosten der Deutschen höhere Renten als hierzulande. Das griechische Rentensystem ist überdimensioniert und unbezahlbarer Luxus. (u.a. Welt<sup>11</sup> 23.03.2015)*

**Fakt:** Laut OECD liegt die Rente für einen Durchschnittsverdiener in Griechenland in 2012 bei knapp über 900€. Der gleiche Wert in Deutschland beträgt gut 1550€. Vergleiche deutscher Medien, die zu einem anderen Ergebnis kommen, rechnen z.B. die deutschen Renten klein indem staatlich begünstigte Teile wie die Riester-Rente oder die betriebliche Altersversorgung ausgenommen werden. Der Durchschnitt verdeckt zudem, dass in Griechenland gut 45% der Rentner weniger als die von Eurostat für Griechenland genutzt Armutsschwelle von 665€ erhalten. Mehr als zwei Drittel der Rentner bekommen weniger als 800€. Durch die Krise leben außerdem oftmals ganze Familien von einzelnen Renten. Die Arbeitslosenunterstützung erhalten in Griechenland nur knapp 15% aller Menschen ohne Arbeit.

Das griechische Rentensystem steht unter anderem deshalb unter Finanzproblemen, da im Zuge des Schuldenschnitts 2012 ca. 25 Mrd. Euro an Rücklagen verloren gingen sowie die Beiträge im Zuge der Krise aufgrund gestiegener Arbeitslosigkeit massiv eingebrochen sind. Zudem sind durch Frühverrentungen im Zuge des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst die Ausgaben angestiegen.

*Das Renteneintrittsalter in Griechenland liegt bei 56 Jahren im Gegensatz zu 64 Jahren in Deutschland. (Wolfgang Bosbach, 14.06.2015)*

**Fakt:** Laut OECD liegt das durchschnittliche Renteneintrittsalter in Griechenland bei 61,9 Jahre für Männer und 60,3 Jahre für Frauen. In Deutschland gehen Männer mit 62,1 und Frauen mit 61,6 Jahren in Ruhestand. Im öffentlichen Sektor ist das durchschnittliche Renteneintrittsalter in Griechenland niedriger, da Personalabbau in den vergangenen Jahren oft über Frühverrentung abgewickelt wurde.

---

<sup>10</sup>[http://www.deutschlandradiokultur.de/griechenland-krise-ich-wuerde-gegen-den-vorschlag-der.1008.de.html?dram:article\\_id=324113](http://www.deutschlandradiokultur.de/griechenland-krise-ich-wuerde-gegen-den-vorschlag-der.1008.de.html?dram:article_id=324113)

<sup>11</sup> <http://www.welt.de/wirtschaft/article138674711/Geldgeber-halten-griechische-Renten-fuer-zu-hoch.html>

*Die Gläubiger haben Griechenland ein umfassendes Investitionspaket angeboten. (Sigmar Gabriel, 29.06.2015)*

**Fakt:** Für 2007-2013 standen Griechenland, wie anderen Mitgliedsstaaten auch, insgesamt 38 Mrd. EUR aus verschiedenen europäischen Förderprogrammen zu, die die Regierung aber nicht voll abrufen konnte, da auf Grund der Kürzungsmaßnahmen die notwendigen Mittel zu Ko-Finanzierung aufgebracht werden konnten. Für 2014-2020 beträgt der Anteil für Griechenland an den europäischen Programmen 35 Mrd. EUR. Hierbei handelt es sich nicht um **zusätzliche** Investitionen für die depressive griechische Wirtschaft. Diese Mittel stünden Griechenland ohnehin zu, könnten aber weiterhin nicht abgerufen werden.

*Griechenland würde eine Umschuldung angeboten. (Jean-Claude Juncker, 29.06.2015)*

**Fakt:** Es gibt kein Angebot, zur Umstrukturierung der griechischen Staatsschulden, sondern lediglich eine Bekräftigung der Aussage von 2012, die griechische Schuldenlast nach dem Sommer zu prüfen.

*Die Ankündigung des Referendums war lediglich ein "Manöver der griechischen Regierung [um] weitere Zeit zu gewinnen und in der Zwischenzeit weitere Finanzmittel ohne Gegenleistung von Reformen zu erhalten" [Brief von Wolfgang Schäuble an die Abgeordneten des Bundestags vom 29.06.2015]*

**Fakt:** Seit der Amtsübernahme SYRIZAs sind keine der aus dem 2. Griechenlandprogramm verbleibenden Mittel ausgezahlt wurden. Selbst die von der Vorgängerregierung zu viel überwiesenen Mittel zur Rekapitalisierung von Banken werden weiterhin einbehalten. Die Regierung hat hingegen seit Februar 2015 3,44 Mrd. Euro an Schuldendienst (Zinsen und Tilgung) an den IWF geleistet.<sup>12</sup>

Bereits im März hat Finanzminister Varoufakis die Möglichkeit eines Referendums ins Spiel gebracht, sollte die Euro-Gruppe die griechischen Reformpläne nicht akzeptieren.<sup>13</sup> Das Referendum ist also kein „Trick“ um Zeit zu schinden, sondern eine lang kommunizierte Möglichkeit, für den Fall das die Verhandlungen scheitern.

Noch im Mai hielt Bundesfinanzminister Schäuble selbst ein Referendum für „sinnvoll“.<sup>14</sup>

*Deutsche Rentner und Arbeitslose zahlen dafür, dass griechische Millionäre keine Steuern bezahlen. (Sigmar Gabriel, 22.06.2015)<sup>15</sup>*

**Fakt:** Der überwiegende Teil (über 90%) der Gelder aus den Griechenlandprogrammen ging an die Gläubiger, bzw. wurde für die Rekapitalisierung der Banken verwendet, diente also vor allem der Rettung deutscher, französischer und griechischer Banken. Deutsche Rentner und Arbeitslosen haben daher nicht für Griechenland gezahlt, sondern für die Bankenrettung der Bundesregierung und der Troika.

Die von der Bundesregierung vergebenen Kredite und Garantien sind für den Staatshaushalt vor allem dann eine Belastung, wenn Griechenland wegen der Kürzungspolitik kein Einkommen erwirtschaftet, nicht umschulden kann und einseitig den Zahlungsausfall erklären muss. Selbst in dem Fall wäre es die

---

<sup>12</sup> <http://www.bruegel.org/nc/blog/detail/article/1566-the-2015-greek-redemptions-path/>

<sup>13</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-varoufakis-droht-im-schuldenstreit-mit-referendum-a-1022407.html>

<sup>14</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-schaeuble-offen-fuer-referendum-a-1033241.html>

<sup>15</sup> <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland-739.html>

politische Entscheidung der Bundesregierung bei Rentnern und Arbeitslosen zu kürzen statt durch eine Vermögensabgabe die Profiteure der Krise an den Rettungskosten zu beteiligen.

Dem griechischen Finanzministers Varoufakis stehen zudem nach seiner Aussage durch die Kürzungsprogramme der letzten Jahre nur noch ca. 100 Steuerfahnder zu Verfügung. NRW allein verfügt über mehr als 5000 und hat mit der griechischen Regierung ein Kooperationsabkommen vereinbart. Ermittlungen gegen Steuerhinterziehung und Ermittlungen gegen die auf der Lagarde-Liste genannten prominenten Steuerhinterziehern aus Politik und Wirtschaft wurden erst unter der neuen Regierung angegangen.

*"Die finanzielle Solidarität [Europas] hat es Griechenland ermöglicht, ein letztlich nicht selbst erwirtschaftetes Wohlstands- und Versorgungsniveau zu einem gewissen Grade aufrechtzuerhalten." ["Allein die Vereinbarungen mit den privaten Gläubigern Anfang 2012, die effektiv auf weit mehr als die Hälfte ihrer Forderungen verzichtet haben, hat Griechenland um 100 Mrd. Euro entlastet."](Wolfgang Schäuble)*

**Fakt:** Aus dem ersten Griechenlandprogramm von 73 Mrd. Euro wurden 37,1 Mrd. Euro für die Tilgung mittel- und langfristiger Schulden sowie 10 Mrd. Euro zur Unterstützung des Bankensektors verwendet. Von den bislang ausgezahlten 153,7 Mrd. Euro des zweiten Griechenlandprogramms flossen 34,6 Mrd. Euro im Rahmen des Schuldenschnitts an private Gläubiger, 48,2 Mrd. Euro wurden zur Bankenrekapitalisierung verwendet und 38,2 Mrd. Euro für die Tilgung fällig werdender Staatsanleihen. Außerdem hat Griechenland zwischen 2011 und 2014 40,1 Mrd. Euro an Zinsen gezahlt. Von den Insgesamt ausgezahlten 226,7 Mrd. Euro gingen also 208,2 Mrd. Euro (mehr als 90%) an Banken und Gläubiger.<sup>16</sup>

*"Für Griechenland [war] im Laufe des vergangenen Jahres nach zahlreichen Schwierigkeiten in der Umsetzung der Reformprogramme ein erfolgreicher Abschluss der externen Hilfen und ein Verzicht auf weitere Hilfen in greifbare Nähe gekommen."(Wolfgang Schäuble)*

**Fakt:** Selbst der konservative Ökonom, Hans Werner Sinn, hat im Deutschlandfunk auf die Frage, ob die griechische Wirtschaft vor der Wahl SYRIZAs nicht wieder auf Wachstumskurs gewesen wäre geantwortet, „Das halte ich für ein Märchen.“<sup>17</sup> Die griechische Wirtschaft war in 2014 zwar *real* um 1 % gewachsen, aber nur weil das Preisniveau schneller gesunken ist als die Produktion – ein statistischer Effekt. Die Entwicklung der Industrieproduktion und Kreditvergabe war weiter negativ. Das griechische Bruttoinlandsprodukt ist auch 2014 *nominal* um 1,2 % gefallen, im 6. Jahr in folge.

*"Die Institutionen sind Griechenland zuletzt noch einmal entgegen gekommen bei den bereits vereinbarten Haushaltszielen, beim Umfang der Rentenreformen, bei der Reform des Mehrwertsteuersystems und bei eigentlich dringend erforderlichen Arbeitsmarktreformen." (Wolfgang Schäuble)*

*Die Institutionen sind Griechenland weit entgegen gekommen und haben ein großzügiges Angebot vorgelegt. (Angela Merkel und andere)*

---

<sup>16</sup> <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/041/1804169.pdf>

<sup>17</sup> [http://www.deutschlandfunk.de/griechenland-krise-geld-kann-ein-land-nicht.694.de.html?dram:article\\_id=323320](http://www.deutschlandfunk.de/griechenland-krise-geld-kann-ein-land-nicht.694.de.html?dram:article_id=323320)

**Fakt:** Die griechische Regierung hat gegenüber den Institutionen am 4. Juni weitreichende Zugeständnisse gemacht, die das Thessaloniki-Programm beerdigen und Mehrwertsteuererhöhungen, Rentenkürzungen und völlig unrealistischen Primärüberschüsse beinhalten. Aus diesem weitgehenden Kompromissvorschlag haben die Institutionen einige kleine Punkte übernommen.

Als Gegenleistung für die Annahme und Umsetzung der geforderten rezessiven Maßnahmen durch die griechischen Regierungen, haben die Institutionen die Verlängerung des 2. Griechenlandprogramms bis November 2015 angeboten, mit einer Auszahlung von insgesamt 15,5 Mrd. EUR aus den verbliebenen Mitteln zu Deckung der fällig werdenden Zinsen und Tilgungen.

Dieses als entgegenkommen, bzw. als „großzügiges Angebot“ zu bezeichnen, ist mehr als zynisch.

*Die Griechische Regierung hat sich geweigert, die Militärausgaben zu kürzen.*

**Fakt:** Der IWF hat sich zunächst gegen die von der griechischen Regierung vorgeschlagene Kürzung der Militärausgaben um 200 Millionen Euro gesperrt. Die griechische Regierung hatte bereits alle Rüstungsvorhaben eingefroren. Eine Kommission soll die Korruption im Rüstungssektor aufklären, in die unter anderem führende deutsche Rüstungskonzerne<sup>18</sup> und ehemalige Bundestagsabgeordnete der SPD verwickelt sind. Dann verlangten die Institutionen Kürzungen von 400 Millionen Euro, mit Entlassungen von Soldaten, die somit zu zusätzlicher Arbeitslosigkeit führen würden.

---

<sup>18</sup> Ein charakteristisches Beispiel ist der Fall der Rheinmetall AG, die 2014 in der Bundesrepublik zu Strafzahlungen in Höhe von 37,07 Millionen Euro verurteilt worden ist, weil sie während der Krisenjahre Geschäfte mit der damaligen griechischen Regierung durch Schmiergeldzahlungen vorangetrieben hatte.